

**3817/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 30.04.2002**

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Einem  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Inneres

betreffend Erweiterung der Europäischen Union

Auf Initiative der SPÖ kam es im September und Oktober 2001 endlich zu ernstern Gesprächen zwischen den vier im Nationalrat vertretenen Parteien zur Frage der Vorbereitung Österreichs auf die Erweiterung der Europäischen Union. Ergebnis dieser Verhandlungen war schließlich ein Dreiparteien-Entschließungsantrag vom 21. November 2001 der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Trotz dieser großen Übereinstimmung zwischen der großen Oppositionspartei und der Regierungsmehrheit besteht der Eindruck, dass seither die Umsetzung der gemeinsam als nötig definierten Maßnahmen bloß schleppend oder gar nicht stattfindet.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichneten Abgeordneten die folgende

**Anfrage:**

1. Welche konkreten Fortschritte gibt es bei der Umsetzung des auf dem Sondergipfel von Tampere im Oktober 1999 beschlossenen verbindlichen Arbeitsprogramms, das den Bereich der Innen- und Justizpolitik zu einem zentralen Politikbereich der Europäischen Union machen soll?
2. Welche Initiativen wurden in diesem Zusammenhang von Österreich gesetzt?
3. Welche Maßnahmen wurden bisher von Österreich gesetzt, um die Beitrittskandidaten bei der Umsetzung des "acquis communautaire" in diesem Bereich, insbesondere bei der Übernahme des Schengen-Systems aktiv zu unterstützen?
4. Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um die mit den Nachbarstaaten bestehenden Kooperationsmechanismen zu verstärken?

5. Wurde das Projekt der Sicherheitspartnerschaften zwischen Österreich und den Beitrittskandidaten Ungarn, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Polen bereits konkret umgesetzt? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

6. Welche Schritte wurden gesetzt, um die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden sowie die verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Asyl, Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der illegalen Einwanderung und Schlepperei zu verstärken und um gemeinsame Strategien zum Schutz der künftigen EU-Außengrenze zu entwickeln?